

Medienmitteilung vom 7. Dezember 2021 | Bürgergemeinderatssitzung

Neuer Leistungsauftrag fürs Waisenhaus

Als Institution der Bürgergemeinde der Stadt Basel bekommt das Bürgerliche Waisenhaus einen neuen Leistungsauftrag, mit dem der Weiterentwicklung im pädagogischen Bereich und den Verpflichtungen im Bereich kulturelles Erbe (Waisenhausareal) Rechnung getragen wird. Weitere Themen in der Bürgergemeinderatssitzung waren der papierlose Versand von Unterlagen und die Verkürzung von Einbürgerungsgesprächen.

Neue Zertifikatspflicht: Einstimmig hat der Bürgergemeinderat eine Covid-Zertifikatspflicht für seine Sitzungen im Stadthaus beschlossen. Die Zertifikatspflicht gilt bis Ende 2022; die Geschäftsordnung des Bürgergemeinderates der Stadt Basel wird entsprechend ergänzt. Allfällige Testkosten werden den Parlamentsmitgliedern vergütet.

Auftrag ans Waisenhaus 2022–2024: Das Bürgerliche Waisenhaus hat von der Bürgergemeinde (BG) einen neuen Leistungsauftrag für die nächsten drei Jahre erhalten. Der aktuelle Auftrag hatte eine Laufzeit von 2017 bis 2020 und wurde um ein Jahr bis Ende 2021 verlängert.

Im pädagogischen Kerngeschäft befindet sich das Waisenhaus, so zeigt es auch die Vorlage zum neuen Leistungsauftrag, in einer grundsätzlich stabilen Phase. Auffällig sind jedoch wiederkehrende Unterhalts- und Sanierungsarbeiten an den historischen Gebäuden; weitere Massnahmen im Umfang von rund 25 Mio. Franken werden folgen müssen. Die langfristige Sicherstellung der Finanzierung und die kontinuierliche Umsetzung der baulichen Massnahmen wird in Zukunft grösseres Augenmerk beanspruchen. Entsprechende Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt sind im Gange.

Im Bereich Pädagogik wird derzeit der Bereich «Zusatzangebote» weiterentwickelt, im Zentrum stehen die laufende Projektphase der Kita Dalbehof und die neu entstehende Kita im Waisenhaus ab Herbst 2022.

Mit dem Leistungsauftrag 2022–2024 wird den Entwicklungen in den Produktgruppen im Bereich Pädagogik und Kultur Rechnung getragen. Obwohl es in der Parlamentssitzung vereinzelt Stimmen zu einem Unbehagen gegenüber dem laufenden Strategieprozess auf der Führungsebene sowie bezüglich des Umgangs mit dem Fondsvermögen gab, stimmte der Bürgergemeinderat dem Leistungsauftrag und den damit verbundenen Globalbudgets geschlossen zu.

Produktesummenbudgets: Die parlamentarische Aufsichtskommission (AK) hat die Produktesummenbudgets der einzelnen Institutionen der Bürgergemeinde, der Zentralen Dienste sowie des BG-Förderprogramms der Christoph Merian Stiftung geprüft und zur Vorlage ans Parlament verabschiedet. Zu den Budgets des BSB (früher Bürgerspital) und des Waisenhauses hat die AK die beiden Sachkommissionen zur Prüfung eingeladen. Nach Sichtung aller Unterlagen beantragte sie dem Bürgergemeinderat heute, den vorliegenden Produktesummenbudgets 2022 zuzustimmen. Das Parlament folgte dem Antrag einstimmig.

Papierlos: Das Parlament hat den Bürgerrat im Juni 2020 mit einer Anpassung der Geschäftsordnung des Bürgergemeinderats beauftragt: Die Sitzungsunterlagen sollen künftig nicht mehr per Post, sondern elektronisch verschickt werden. Im Sinne einer einheitlichen und vor allem auch ökologischen und zeitgemässen Praxis begrüsst auch die Exekutive den Verzicht auf den Postversand. Künftig erfolgt die Zustellung von parlamentarischen Geschäften und Vorstössen grundsätzlich per E-Mail.

Nachhaltigkeit: Nicht überwiesen wurde ein Auftrag des Grünen Bündnisses an den Bürgerrat. Dieser sollte dem Parlament einen Vorschlag unterbreiten, wie künftig im Leistungsauftrag BSB in der Produktgruppe

«Vermögensertrag» bei den Zielen und Indikatoren für die beiden Produkte «Finanzvermögen» und «Verwaltungsvermögen» die Nachhaltigkeit in den Dimensionen «Ökonomie», «Ökologie» und «soziale Gerechtigkeit» berücksichtigt werden können.

Der Bürgerrat, vertreten durch Patrick Hafner, bestritt den Auftrag. Dies keineswegs auf inhaltlicher Ebene, sondern weil die Berücksichtigung der im Auftrag genannten Punkte für die Ausarbeitung des nächsten BSB-Leistungsauftrags längst sowohl für Leitungsausschuss als auch Sachkommission beschlossene Sache sei. Eine Ratsmehrheit (18 zu 14 Stimmen) folgte dem Antrag des Bürgerrats.

Rettengring für Ludotheken: Um deren Schliessung zu verhindern, hat Bürgergemeinderätin Corinne Eymann-Baier (LDP) in einer am 1. September eingereichten Interpellation darum gebeten, eine Unterstützung der Ludotheken Bläsi und St. Johann in Betracht zu ziehen.

Der Bürgerrat hat sich in der Sache mit diversen involvierten Institutionen ausgetauscht und sieht sich nicht in der Lage, eine führende Rolle zu übernehmen. Möglich wäre allenfalls ein einmaliger Beitrag an eine Übergangsfinanzierung. Dafür müsste jedoch seitens der Verantwortlichen ein ordentliches Gesuch eingereicht werden. Die Interpellantin zeigte sich mit der Antwort durch Bürgerratspräsident Leonhard Burckhardt teilweise zufrieden.

Mehr als fünf Minuten: Mit seiner am 21. September eingereichten Interpellation schlug Parlamentarier Pierre-Alain Niklaus (Grünes Bündnis) eine Verkürzung der Einbürgerungsgespräche mit Jugendlichen, die die obligatorische Schulpflicht in Basel absolviert haben, auf fünf Minuten vor. Die Idee kam auf, weil diesen jungen Leuten keine Fragen mehr zur Staatskunde gestellt werden dürfen.

Der Bürgerrat stehe diesem Vorschlag ablehnend gegenüber, führte der verantwortliche Bürgerrat Stefan Wehrle aus. Es sei den Mitgliedern der Einbürgerungskommission weiterhin sehr wohl möglich, ein konstruktives Gespräch zu führen. Die freigewordene Zeit werde zur Vertiefung anderer Fragen – etwa zu Ausbildung und Hobbys – genutzt und so das Vertrautsein mit den schweizerischen und örtlichen Lebensverhältnissen weiterhin angemessen erörtert. Der Interpellant bedauert die Antwort, da er die heutige Praxis als Misstrauensvotum gegenüber den einbürgerungswilligen Jugendlichen empfindet.

Ersatzwahlen: Cordula Lötscher (Die Mitte) wurde als neues Mitglied der Wahlprüfungskommission gewählt; sie folgt auf Gabriele Stutz-Kilcher. Für die bisherigen Büromitglieder Sebastian Kölliker und Markus Grolimund rücken Martin Lüchinger (SP) und Christian Egeler (FDP/LDP) nach. In der Aufsichtskommission folgt auf Markus Grolimund neu Daniel Stolz (FDP/LDP), der auch das Präsidium übernimmt. In der Sachkommission Weissenhaus nimmt anstelle der zurückgetretenen Patricia von Falkenstein künftig Corinne Eymann-Baier (FDP/LDP) Einsitz. Als Nachfolge von Max Pusterla in der Einbürgerungskommission wurde Markus Grolimund (FDP/LDP) gewählt.

*Im Namen des Bürgergemeinderats: Marina Schai, Präsidentin / Daniel Müller, Bürgerratsschreiber
Besten Dank für eine Veröffentlichung. Weitere Auskunft erteilt gerne: Marina Schai, 079 585 21 87*

Alle Geschäfte im Detail unter: www.bgbasel.ch/bgr-aktuell